

# Eigensinn macht Spass!

✘ Angesichts der gegenwärtigen Staatsräson wäre es angeraten, einmal mehr die weisen Worte eines bekannten Dichters zu beherzigen. Zu Zeiten, in denen viele Mitbürger im Kollektiv gegen die einzige Opposition im nach links gerückten Lande [zu Felde ziehen](#) – wohlwollend begleitet von Amtskirchen, Blockparteien und „Gutleute“-Vereinigungen, würde es nicht schaden, einmal kurz innezuhalten, um sich zu besinnen. Bin ich tatsächlich moralisch hochwertiger als andere, wenn ich in einer amorphen Masse von Schwarzgekleideten Schilder mit der Aufschrift „Deutschland verrecke“ in die Höhe halte und Flaschen auf die vom Establishment Verfemten werfe, deren Häuser beschmiere und ihre Autos anzünde? Oder hat dies nicht denselben schalen Beigeschmack, als ob in der ehemaligen Sowjetunion/DDR für den jeweiligen Machthaber und gegen den „bösen Westen“ demonstriert wurde?

*(Von Cantaloop)*

Wohlfeile Worte, hehre Ziele? Oder einfach nur „gut“ zu wirken, ohne dass es einen etwas kostet, oder gar Nachteile mit sich bringt? Dies scheint eher die Motivation zu sein, die Großteile der auf Links gedrillten Massen antreibt. Pünktlich, sicher und behütet werden sie mit Gewerkschafts-Bussen herangekarrt und anschließend mit Verdi-Sicherheitswesten, Schutzhelmen und Trillerpfeifen ausgestattet. An alles wird gedacht.

Einvernehmlich schauen die Kirchenoberen, die Partei-Granden und sonstige System-Profiteure dem aufziehenden Straßenkampf der ansonsten zumeist „kirchenfernen“ Linken, Grünen und Sozialdemokraten zu. Nur zu gut wissen die Kleriker, dass dies die derzeit einzige Möglichkeit darstellt, [um sich zu profilieren](#).

In Frankfurt am Main gibt es bereits seit einiger Zeit [einen](#)

eigenen „Antifa-Pfarrer“, der seinen „Schäflein“ vor jeder Demonstration „gegen Rechts“ eine Art von Absolution erteilt. Mit seinem eigenen Lautsprecherwagen, versteht sich.

„Unter den Talaren, der Muff von tausend Jahren“. Diesen und ähnlich klingende Sponti-Sprüche der damals frisch entfesselten 68-er Bewegung haben die Würdenträger beider Amtskirchen offenbar längst vergessen. Mit ihrem simplen Seminaristen-Weltbild à la Käßmann und einer Art quasireligiöser Bekenntnislyrik zelebrieren sie ihr eigenes Unvermögen, obwohl sie aufgrund ihrer Mittel und Möglichkeiten sehr viel Sinnvolleres leisten könnten. Es kommt einem vor wie „CVJM auf Exekutivebene“. Würden sie nur einen Bruchteil ihrer Zeit darauf verwenden, ihren bedrohten Glaubensbrüdern im nahezu „christenfrei“ gewordenen Nahen Osten beiseite zu stehen, anstatt sich dem allgegenwärtigen linksgrünen Zeitgeist anzubiedern, wäre der Sache und vor allem den Menschen weitaus mehr gedient.

„Treue zu sich selbst – und Güte zu allen (!) anderen“. Dieses Konfuzius-Zitat würde man den eitlen und selbstgefälligen Kardinälen, Bischöfen und Pfarrern nur zu gerne um die Ohren hauen, wenn sie sich mit den zutiefst nihilistischen Linksorganisationen und NGOs gegen ihre eigenen, aber konservativ-rechts denkenden Mitbürger verbünden. Beten „gegen Rechts“, da eröffnen sich doch möglicherweise völlig neue „Geschäftsfelder“ für die chronisch leeren Kirchenbänke. Offenbar hat man sich da vom neuerlichen „Kampfbeten“ unserer muslimischen „Freunde“ inspirieren lassen.

Aufgestachelte, hassverzernte Gesichter in einer drängelnden und steinwerfenden Masse, die in ihrer gnadenlosen Geilheit alles niederwalzen würden, wenn man ihnen nicht mittels großer Polizeikräfte Einhalt geböte. Zuvor wurden sie schon von entsprechenden „Einpeitschern“ aus Gewerkschaftskreisen, Grünenzirkeln und Linkspartei auf „Betriebstemperatur“ gebracht.

„Dressed to kill“. Dieses vertraute Bild von sinnfreier Zerstörung und das Odium offener Feindschaft gegenüber allen Andersdenkenden wird sich auch am kommenden Wochenende in Köln zeigen. 50.000 angemeldete Hassfratzen, die den Parteitag mit allen Mitteln verhindern und die AfD am liebsten komplett vernichten wollen, gegen gerade einmal 600 eingeladene Delegierte. Die rechtsliberale Alternative, die in ihrem verzerrten Blickwinkel das personifizierte Böse schlechthin darstellt. Metaphorisch der „Antichrist, das gesamte dritte Reich und der schnauzbärtige Österreicher“ in Personalunion. Das größtmögliche Feindbild überhaupt, in ihrer heilen Wohlstands-Welt – dort, wo man nur zu gerne die Augen vor der wirklich aufziehenden Bedrohung durch den politischen Islam verschließt.

Sich selbst zu besinnen, sein Tun kritisch zu hinterfragen, zu seiner Meinung stehen, das alles sind tradiert konservative Werte, die neuerdings immer mehr an Bedeutung verlieren. Eigensinnig zu sein, „quer“ zu denken und eben nicht mit dem Strom der Lemminge zu schwimmen, genau das zeugt von Charakter, Würde und der Fähigkeit zur Selbstreflexion. Sich im fairen Diskurs der Kraft der Argumente zu beugen – und nicht nur „dagegen sein“, ob der linksgrünen Ideologie willen.

Darüber hinaus gleichgültig zuzuschauen, wie das eigene Land – die angestammte Heimat – von vollkommen verantwortungslosen Politikern und deren willfährigen Helfern sukzessive zugrunde gerichtet wird und dabei noch gegen einen imaginären Gegner, der größtenteils auf einem künstlich erzeugten Feindbild basiert zu „kämpfen“. Das zeugt nicht gerade vom vielgepriesenen Individualismus und der von progressiv-linken Kreisen immer wieder propagierten „Selbstverwirklichung“. Sondern eher von Herdentrieb, Unterwürfigkeit, Selbsthass und vor allem von Dummheit.

Charakterköpfe, Individualisten und Charismatiker, wie sie in den Rängen des Bundestages noch in den 70-er Jahren zuhauf zu finden waren, sind in der eindimensionalen Politik der Neuzeit

nahezu komplett verschwunden. Zu gefährlich ist es geworden, sich gegen die vorgegebene Parteiräson zu stellen. Lieber sicher im Rudel bleiben, nicht ausscheren und sich stets in unverbindlich polit-korrekten Phrasen zu artikulieren, das garantiert mittel- und langfristig den Platz am „Futtertrog“.

Gleichwohl wird nicht mehr viel übrig bleiben, von unserer Heimat, wenn diesen selbstzerstörerischen Kräften nicht bald Einhalt geboten wird. Somit verdienen die tapferen AfD-Delegierten, die trotz dieser einschüchternden Phalanx von auf Krawall gebürsteten „Wohlmeinenden“, am Wochenende nach Köln reisen, unseren vollen Respekt und Unterstützung. Sie sind die derzeit einzige Opposition, die wir haben.



## **„Le Pen schürt Angst vor Terroristen“**

Linke Kreise haben in allen Staaten um sie herum einen Vertreter des Bösen kreierte, den sie ihrem Publikum vorsetzen, um es in Hasslaune zu halten. Das ist Orban in Ungarn, sind Brexit-Befürworter in Großbritannien, Wilders in den Niederlanden, Trump in den USA und Le Pen in Frankreich. Was man ihnen vorwirft, ist oft irrational, weil es nicht Tatsachen folgt, sondern dem eigenen linken Lebensentwurf, der noch vor den Tatsachen bestimmt, dass sie böse sind, weil „rechts“. In diesem Lichte wird dann alles interpretiert, was

um sie herum geschieht und wie ihre Statements dazu ausfallen. Gestern war Le Pen wieder an der Reihe, [in der ZEIT](#), aus aktuellem Anlass.

*(Von Sarah Goldmann)*

Das gegen sie gerichtete Pamphlet enthält eines der häufig genutzten linken Propagandamittel, die Umkehr von Ursache und Wirkung. Le Pen verbreite keinen Optimismus, sondern schüre Angst, beginnt die ZEIT.

*Le Pen hingegen wollte keinen Optimismus verbreiten. Die Spitzenkandidatin des Front National verlor seit Januar laut Umfragen an Zustimmung und muss nun ihre eigene, nationalistische Klientel zurückgewinnen. Dazu schürt sie die Angst vor Terroristen, die angeblich mit den „großen Flüchtlingsströmen“ ins Land kämen.*

Le Pen „schürt“ also die Angst. Und würde sie die nicht „schüren“, dann bestünde kein Grund mehr dazu, so die unausgesprochene Schlussfolgerung. Auf diese Weise wird Le Pen verantwortlich gemacht für die Fehlritte einer Regierung, der sie nicht angehört. Tatsächlich ist es ja anders herum:

Zuerst gibt es einen Anlass für die Angst, beziehungsweise mehrere Anlässe: „Seit dem Terroranschlag auf [Charlie Hebdo](#), dem [Bataclan in Paris](#) und schließlich der [Promenade in Nizza](#) befindet sich Frankreich ohnehin im permanenten Ausnahmezustand“, wie die ZEIT selbst richtig schreibt. Es gibt triftige Gründe, im Frankreich von heute Angst zu haben, die muss man also nicht mehr „schüren“, sie ist da.

Aufgabe von Politikern ist es, die Ursachen der Angst, hier die Ursachen für den Terror in Frankreich zu bekämpfen. Dazu muss man sie ansprechen. Le Pen stellt die These auf, dass es überwiegend Zuwanderer sind oder in Zuwanderermilieus aufgewachsene Menschen. Man kann das mit Tatsachen abstreiten, mit Zahlen, wenn es sie gibt. Nur die passenden gibt es nicht,

es sind Zuwanderer oder Menschen aus Zuwandererfamilien, die überproportional an den Anschlägen vertreten sind. Das lässt sich dann noch auf verschiedene Weise interpretieren (sie kriegen keine Arbeit, z.B.).

Die eigene offen ausgetragene Begründung der „Dschihadisten“ ist aber die, dass sie die christliche oder atheistische Mehrheit im Lande hassen, zum Teil unter vorgeschobenen Begründungen. Diese Gründe wird man durch Überzeugungsarbeit nicht beseitigen können, auch nicht durch gute Jobs. Man muss an den Ursachen ansetzen:

*„Wir müssen die Kontrolle über unsere Grenzen wieder gewinnen, wir müssen wissen, wer zu uns kommt“, sagte sie. Der amtierende Präsident François Hollande und seine Vorgänger hätten nichts gegen die Gefahr getan. Dass die Moderatoren zeitgleich Infos über die Schießerei im Zentrum der französischen Hauptstadt übermittelten, konnte Le Pen dabei nur Recht sein.*

Erneut die Umkehr von Ursache und Wirkung. Es wird unterstellt, dass Le Pen die Anschläge sucht und will, weil sie damit die Gefahr von Anschlägen behaupten kann. Und so ein Pech aber auch: Da erschießt just in dem Moment ein Moslem einen Polizisten, als das Thema dran kommt. „Das konnte Le Pen nur Recht sein“. Wo es doch eigentlich alles ganz anders ist, als die Mitbewerber meinen?!

Le Pen will nicht, dass Polizisten erschossen werden, sie will nicht, dass Menschen mit dem Laster überrollt werden, nicht, dass jüdische Geiseln bestialisch zu Tode gefoltert werden, nicht, dass ein Priester in einer französischen Kirche geköpft wird, so wie es üblich ist in der Mördersekte. Das ist eines ihrer Hauptanliegen und deswegen spricht sie das Problem an, die möglichen Ursachen und die wahrscheinliche Lösung.

Die ZEIT verdreht das Ganze noch einmal: Die Apokalypse, wie sie gerade im Entstehen ist und durch wenige (beileibe nicht

alle!) Beispiele hier illustriert wurde, auch die wird von der ZEIT Le Pen untergeschoben, dem wahren Feind bzw. Feindbild der Linken:

*Anschläge wie auf das Bataclan in Paris oder die Promenade in Nizza waren für sie immer politisch hilfreich. Ihre apokalyptischen Beschreibungen von einem gefährdeten und von Terroristen umzingelten Frankreich wirken besser, wenn die Bevölkerung verängstigt ist.*

Damit kann man dem einen oder anderen Wähler vielleicht immer noch Sand in die Augen streuen, den meisten jedoch nicht mehr. Dafür sorgt schon die Wirklichkeit, die es für Linke so immer noch nicht gibt. Niemand freut sich darüber, niemand braucht das, niemand will das. Es braucht eine Präsidentin, die sich um die Lösung dieser Probleme kümmert, eine Präsidentin mit Mut zur Veränderung und [Herz für ihr Land](#).

---

## **AfD: Frauke Petrys Zukunftsantrag als ideologische Basis für spätere Spaltung?**

✘ Das linke [Recherchenetzwerk CORRECTIV](#) berichtet kurz vor dem AfD-Bundesparteitag in Köln, dass es im Petry-Lager bereits jetzt Pläne für eine [Spaltung der AfD](#) nach der Bundestagswahl geben würde. Der gewöhnlich gut mit AfD-Internas vertraute Autor Marcus Bensmann beruft sich dabei auf eine nicht namentlich genannte Quelle aus dem engen Umfeld von Frauke Petry und Marcus Pretzell. Das AfD-Führungspaar sei

demnach zu der Überzeugung gelangt, auf Dauer mit Gauland und Höcke nicht gemeinsam in der Partei sein zu können.

Weiter heißt es in dem Artikel:

*Deshalb wolle man jetzt noch gute Miene zum bösen Spiel machen und die Wahlen in NRW und auf Bundesebene abwarten. Sollte es bis dahin aber nicht gelungen sein, die AfD auf einen so genannten realpolitischen Kurs zu zwingen und Höcke aus der Partei zu drängen, haben die Anhänger des Petry-Lagers dieses Szenario entworfen: Sie wollen nach der Bundestagswahl mit ihren Abgeordneten die AfD-Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen verlassen und eine neue Partei gründen – eine Art bundesweite CSU. Das Lager um Petry/Pretzell wolle nicht den Fehler des Parteigründers Bernd Lucke wiederholen, als dieser die Partei ohne Mandate in Landtagen und Bundestag verlassen habe. Erst mit ausreichender Vertretung im Bundestag und mehreren Landtagen habe diese neue Partei eine Chance, sich in der Bundesrepublik zu etablieren. Geplant sei eine kalkulierte Spaltung nach der Wahl, so der AfD-Funktionär gegenüber CORRECTIV. Sowohl Petry als auch Pretzell haben Fragen zu diesen Plänen nicht beantwortet.*

Aufhorchen lässt, dass laut CORRECTIV Petry und Pretzell diese Pläne bisher nicht dementiert haben. Bei der Brisanz der Vorwürfe ein eher ungewöhnlicher Vorgang, wenn an den Spekulationen nichts dran sein sollte. Sollten aber tatsächlich bereits Gespräche in dieser Richtung laufen, wie auch der sächsische AfD-Rebell [Arvid Samtleben](#) berichtete, würde ein Schweigen schon eher Sinn machen. Auch der sogenannte [Zukunftsantrag von Petry](#), mit dem die AfD-Mitglieder in „Realos = Gute“ und „Fundis = Böse“ aufgeteilt werden sollen, könnte dann bereits eine ideologische Grundlage für eine spätere formale Spaltung schaffen. Alle, denen der Erfolg und eine größtmögliche Geschlossenheit der AfD am Herzen liegen, sollten jetzt also äußerst wachsam sein.



---

# Anschlag auf BVB: Verdächtiger verhaftet

☒ Wie die [Bundesanwaltschaft am Freitagmittag](#) mitteilte, wurde heute im Raum Tübingen Sergej W., ein 28-Jähriger mit deutscher und russischer Staatsangehörigkeit als Tatverdächtiger für den Anschlag auf den Teambus von Borussia Dortmund am 11. April festgenommen. Im Zuge der Festnahme sperrte die Polizei ein Wohngebiet in Rottenburg am Neckar ab und durchsuchte ein Gebäude. [Der Erklärung zufolge](#) handelte der Täter aus Habgier. Er soll mit einem Kredit von 78.000 Euro 15.000 Verkaufsoptionen in Bezug auf die Aktie von Borussia Dortmund erworben und auf den fallenden Kurs der Wertpapiere spekuliert haben. Bei massivem Verfall der Aktie, womit er rechnen konnte hätte es mehr Verletzte oder gar Tote gegeben, hätte er wohl ein Vielfaches des Einsatzes als Gewinn verbuchen können. Sergej W. wird versuchter Mord, die Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt.

---

# Essen: Anschlag auf AfD- Politiker Guido Reil

☒ In der Nacht von Donnerstag auf Freitag fand ein Anschlag auf Haus und Auto des AfD-Landtagskandidaten Guido Reil statt. Die Scheiben seines Fahrzeugs wurden eingeschlagen und die Fassade seines Haus mit den Slogans „Fuck AfD“ und „Arbeiter-Verräter“

besprührt. Da Reil im Mai 2016 nach 26 Jahren Mitgliedschaft [bei der SPD austrat](#), ist davon auszugehen, dass der oder die Täter aus dem linksextremen Bereich kommen. Der Staatsschutz Essen ermittelt. Guido Reil ist selber nicht vor Ort, da er sich zur Wahlkampfunterstützung in Schleswig-Holstein befindet.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Fotos des heimtückischen linken Anschlages:



Auch Opposition 24 berichtet [mit einem Video](#), vor Ort aufgenommen von Sprecher der Essener AfD, Stefan Keuter. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann vermutete bereits am Mittwoch bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2016, dass linksextremistische Gewalttaten im Vorfeld der bevorstehenden Bundestagswahl zunehmen dürften:

Aber die zuständige Ministerin Manuela Schwesig ist der Meinung, dass der Linksextremismus ein „[aufgebauschtes Problem](#)“ sei und pumpt weiterhin vermehrt Geld in den geradezu wahnhaften „Kampf gegen Rechts“, womit genau diese linksextremistischen Gewalttäter durch diverse Förderprogramme indirekt gefüttert werden. Es ist zu hoffen, dass die AfD im Herbst mit möglichst vielen Abgeordneten in den Bundestag einzieht, um dort massiv den Kampf gegen Links fordern zu können.

*(Fotos & Video: Stefan Keuter; Kamera München: Michael*

# Ermutigung für Linksextreme in Köln

✘ Aus Hessen kommt eine gute Nachricht und Ermunterung für alle Linksextremisten, die mit grundgesetzwidrigen und rechtsverletzenden Aktionen den am Wochenende in Köln stattfindenden AfD-Parteitag stören oder gar verhindern wollen: Sie können auch bei schwersten Straftaten damit rechnen, ohne Strafe zu bleiben. Denn genau das ist die Botschaft der Bilanz der linksextremen Gewaltorgie bei der Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main am 18. März 2015.

*(Von Wolfgang Hübner)*

Es gibt jetzt konkrete Zahlen, die das Versagen und die politisch gewollte Kapitulation eines Rechtsstaates, der immer weniger einer ist, beweisen: Nach der Gewalt- und Zerstörungsgorgie von Linksextremisten anlässlich der Eröffnung des neuen Hochhauses der Europäischen Zentralbank in Frankfurt hatte die Justiz 675 Ermittlungsverfahren eingeleitet. 505 davon richteten sich gegen namentlich bekannte Personen. 645 Verfahren wurden in der Folge eingestellt. Nur acht Verfahren kamen vor Gericht. Zwei wurden dort eingestellt, in sechs Fällen kam es zu Verurteilungen wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, in jedem dieser sechs Fälle gab es nur Bewährungsstrafen. In 20 Ermittlungsverfahren, die wegen der Verletzung von 64 Menschen, alles Polizisten, eingeleitet worden waren, wurde kein einziger Tatverdächtiger ermittelt oder gar verurteilt.

Bei der linksextremen Gewalt- und Zerstörungssorgie am 18. März 2015 entstanden Schäden von mindestens 1,6 Millionen Euro, 151 Menschen wurden verletzt: 150 Polizisten – und eine Demonstrantin. Vor dem Innenausschuss des Hessischen Landtages hat nun der CDU-Innenminister Beuth gesagt, die Strafverfolgung sei angesichts des unerwartet brutalen Vorgehens von mehreren tausend Teilnehmern an der Aktion „zweitrangig“ gewesen. Vielmehr sei es für die Polizei darum gegangen, eine weitere Eskalation zu verhindern und sich selbst zu schützen. Beuth, Mitglied einer schwarz-grünen Koalition in Wiesbaden, gesteht mit diesen Äußerungen nicht nur die Kapitulation des Rechtsstaates vor linksextremer Gewalt ein, sondern lügt auch noch unverfroren: Die Linksextremisten hatte sich bekanntlich im In- und Ausland seit Monaten auf die Schlacht in Frankfurt mit aller Offenheit vorbereitet – „unerwartet“ war das Geschehen insofern überhaupt nicht, schon gar nicht für den Innenminister und die Polizeiführung.

Wenn Beuth argumentiert, die Polizei habe sich selbst schützen müssen, dann ist ihm die Ungeheuerlichkeit dieser Schutzbehauptung entweder nicht bewusst oder dieser Versager und schäbige Opportunist macht seine Kotau vor den Linksextremisten und ihren zahlreichen Förderern in Politik und Gesellschaft. In beiden Fällen ist dieser CDU-Minister unfähig zur Amtsführung. Beuth ist aber zudem noch zynisch, denn er feiert es als Erfolg, dass die Feierlichkeiten zur Eröffnung des EZB-Hochhauses stattfinden konnten. Die Unversehrtheit der geladenen Ehrengäste war und ist Politikern wie Beuth allemal wichtiger als die Behauptung des Rechtsstaates und der Schutz der im Einsatz befindlichen Polizisten.

Es muss deutlich gesagt werden: Die Linksextremisten haben am 15. März 2015 einen umfassenden Sieg über einen politisch genehmes Unrecht duldenden Rechtsstaat errungen. Denn den Tätern drohen keine Konsequenzen. In diesem Wissen werden die

Linksextremisten in Köln ihre geplanten Aktionen durchführen können.

---

*(Foto oben: Massive Polizei-Präsenz vor dem Reiterstandbild Friedrich Wilhelm III. am Kölner Heumarkt am 21.4.17. Im Hintergrund das Maritim-Hotel. Fotocredit: [koeln-unzensiert.de](http://koeln-unzensiert.de))*

---

# **Erdogan, die Türken in Deutschland und die hybride Identität**

✘ Es ist immer lustig, wenn unsere intellektuellen Eliten die Konsequenzen ihrer eigenen Theorien nicht begreifen, so wie es jetzt ihr Erstaunen über Erdogans große Erfolge unter den Auslandstürken in Deutschland und Europa zeigt. Da reden sie ständig von globaler Vernetzung, migrantischer Diaspora und gemischten, also hybriden Identitäten und ihrer Konstruktion und können dann nicht verstehen, wenn sich diese hybriden Migranten auch hybrid verhalten. Denn hier die Freiheit zu genießen und in der Türkei eine Autokratie zu installieren ist nicht widersprüchlich, sondern kann durchaus rational sein.

*(Von Peter M. Messer)*

Wer dieses Abstimmungsverhalten für widersprüchlich hält, der hat leider die Tragweite der Vorstellung gemischter Identitäten nicht begriffen. Er hängt eben doch noch einem monokulturellen Identitätsbegriff und Integrationsmodell an, in dem das kulturell Andere nur ein bisschen bunter Zuckerguss

über einem im Wesentlichen homogenen kulturellen Kern ist, der alle wesentlichen Daseinsfragen regelt – und letztlich den (westlichen) Vorstellungen der aufnehmenden Gesellschaft entspricht, in der der Migrant die meiste Zeit verbringt. Von in Deutschland lebenden Türken wird folglich erwartet, dass sie ein deutsches Demokratieverständnis haben und dieses auch in ihrem Ursprungsland zur Geltung bringen.

Nur sind die Voraussetzungen, die in der Vergangenheit den Aufbau eines solchen homogenen und an das aufnehmende Land angepassten Identitätskerns gefördert haben, immer mehr entfallen, und die Migrationsforschung ist sich dessen eigentlich auch bewusst. Wer früher in ein fremdes Land einwanderte, der war für die Aufrechterhaltung seiner Ursprungsidentität auf seine eigenen Mittel und die der bereits vor Ort befindlichen Mitauswanderer angewiesen. Man konnte sich in Ghettos nach Art von Chinatown oder Little Italy einrichten, aber wer darüber hinauskommen wollte, der musste sich der Ankunftsgesellschaft öffnen und anpassen. Das begann mit dem Erwerb der Sprache und setzte sich fort in der Übernahme von Verhaltensweisen und Werten, die man zeigen musste, um überhaupt, und meist anfangs nur widerwillig, akzeptiert zu werden. Es gab eine Leitkultur, an der man sich zu orientieren hatte, man denke an die kulturellen Normen der „Wasps“ (weiße angelsächsische Protestanten) in den USA.

Das ist heute anders. Satellitenfernsehen, Internet und Billigflüge erlauben es in früher unbekannter Weise, Kontakt mit dem Ursprungsland zu halten. An die Stelle einer dominanten Leitkultur ist die Möglichkeit getreten, die eigenen Interessen mit Klagen über eine Diskriminierung durch eben diese Kultur durchzusetzen, und in Zeiten des Kults um Buntheit und „Diversity“ machen einen fremdländische Wurzeln ohnehin interessant in einer Weise, der die öden Eingeborenen nichts entgegenzusetzen haben. Selbst wenn ein Migrant gerne in Deutschland lebt und hier die Vorzüge eines liberalen Rechtsstaates genießt, bedeutet dies nicht, dass er sein

Ursprungsland in ein zweites Deutschland verwandelt wissen will. Viel rationaler ist es, in seinem Ursprungsland einen Ausgleich für die Dinge zu suchen, die in Deutschland zu kurz kommen. Ein nationalistischer Staat mit einem starken Führer, der sich für die Auslandstürken einsetzt, gewinnt da einige Anziehungskraft, und zwar besonders dann, wenn man unter seinen negativen Nebenwirkungen nicht leben muss. Menschen mit hybrider Identität können ihren Nutzen gerade dadurch maximieren, dass sie sich ihrer unterschiedlichen Identitätsbestandteile entsprechend unterschiedlich verhalten.

Das Abstimmungsverhalten der Auslandstürken bestätigt auch eine weitere linke Position in Identitätsfragen: Identitätsbildung beruhe auf Abgrenzung. Diese findet natürlich am intensivsten da statt, wo es etwas gibt, von dem man sich abgrenzen kann, also da, wo Türken Fremde sind. Hier bekam die Abstimmung eine identitätspolitische Bedeutung, die sie in der Türkei nicht oder nicht in gleicher Weise hatte. Es waren also gerade die hybrid-identitären Auslandstürken, die die Türkei in eine Richtung drängten, die von den homogen-identitären Türken weniger gewollt war. Die türkische Diaspora wirkte also negativ auf ihr Ursprungsland zurück, sie wirkte nicht als die „Brücke zwischen Ost und West“, als die sie oft angepriesen wird, sondern trennend.

Diese durch die neuen Kommunikations- und Transportmittel ermöglichte Art von Diaspora, die mit ihrem Ursprungsland und untereinander intensiven Kontakt halten kann und einem viel geringeren Anpassungsdruck unterliegt, bereitet aber nicht nur linken Globalisten Probleme, sondern auch Konservativen mit der unter ihnen verbreiteten Auffassung, dass die Assimilation von Einwanderern „natürlich“ sei. Denn die dafür heranzuziehenden Beispiele hängen von technischen und kulturellen Umständen ab, nämlich der kommunikativen Abkopplung vom Ursprungsland und einer dominant auftretenden Leitkultur, die heute nicht mehr gegeben sind und die zu der Zeit, als sie gegeben waren, einfach da waren und nicht erst

durch bewusstes staatliches Handeln geschaffen wurden. Allen, die jetzt vermehrte Integrationsanstrengungen fordern, müssen sich klar sein, dass der Staat hier etwas leisten soll, was er in der Vergangenheit nicht leisten musste.

Diaspora bedeutet auch, dass sich zwischen die Nationalstaaten, die unter den Bedingungen von Multikulturalismus und Globalisierung zerbröseln, und einer globalen Sphäre frei beweglicher Individuen eine dritte „Vergesellschaftungsform“ schiebt: der Zusammenhang aus Diaspora und Ursprungsland. Im günstigsten Fall wird das Ursprungsland nur zu einer Art romantisiertem Traumland, in das man sich gelegentlich zurücksehnt, um die Defizite des tatsächlichen Lebensraumes auszugleichen. Aber selbst das bedeutet, dass dem Land, in dem man hauptsächlich lebt, damit wertvolle emotionale Ressourcen entzogen werden, auf die es in Gefahrenlagen angewiesen ist. Es wird dauerhaft nach reinen Nützlichkeitsabwägungen behandelt werden. Im schlechten Fall wird die Diaspora zum Brückenkopf und Druckmittel des Ursprungslandes wie jetzt der Türkei. Der Unterlegene ist in jedem Fall der Eingeborene mit nur einer Identität: Er kann sich nicht mit exotischen Wurzeln und „Diversity“ interessant machen, er kann sich nicht auf Diskriminierungen berufen und auch auf keinen Erdogan hoffen, der sich für ihn einsetzt. Die – illusorischen – Hoffnungen auf einen Herrn Trump waren letztlich so ein Versuch, sich einen ausländischen Fürsprecher nach einer Art zu erträumen, die für die Türken in Deutschland höchst real ist. So wird der Migrant mit seiner „hybriden Identität“ dem Eingeborenen letztlich überlegen.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sprach sich bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2016 am 19.4.2017 in München dafür aus, den Doppelpass für integrationsunwillige Türken abzuschaffen:



---

# Travemünde: Gute Geschäfte mit "Flüchtlingen"

☒ Wer in diesem Jahr seine Sommerferien in Travemünde, dem Seebad an der Ostsee, verbringt, wird bemerken, dass es auch dort „endlich“ deutlich bunter geworden ist. Die Stadt Lübeck eröffnete dort eine Großunterkunft für angebliche Flüchtlinge. An die 400 dieser Asylforderer wurden in sechs schmucken nagelneuen Häusern untergebracht, quer über die Straße von einem sehr ruhigen Wohn- und Ferienwohnungsgebiet ([PI berichtete](#)) und einem Altenpflegeheim an der Ostseestraße. Gefragt wurden die Anwohner nicht, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion drückte die Stadt Lübeck das durch und genehmigte sich alles selbst. Bürger in Lübeck? Interessieren nicht!

*(Von Chevrolet)*

Die Stadt Lübeck machte 2015 Nägel mit Köpfen: Nach Travemünde, dank des Tourismus eine exzellente Einnahmequelle für die völlig desolaten Stadtfinanzen, kommen Asylbewerber. Und gleich „richtig“, 400 Menschen in einen Ort mit 13.000 festen Bewohnern, die zum großen Teil wohlhabend und älter sind. Eine eigene Polizeistation mit 24-Stunden-Betrieb hat Travemünde nicht, und auch nur eine freiwillige Feuerwehr.

Was mit dieser Entscheidung gegen die Bürger begann, setzte sich fort. Bürgerbedenken wurden ignoriert, im Zusammenwirken von Stadt, Land und der Landes-Justiz wurden alle Bürgerkritiken mit gleichen Worten abgebügelt. Wer ein wenig unter die Decke des Schweigens in der Stadt sieht – von der lokalen Zeitung kam nur anfangs milde Kritik – entdeckt auffällige Zusammenhänge: Städtische Gesellschaften und Stadt machen gute Geschäfte mit den „Flüchtlingen“ und nicht nur die

Asylindustrie.

Am 23. Dezember 2015 erteilte die Stadt Lübeck in einer Nacht- und Nebelaktion ohne jede Information und Rücksprache mit den betroffenen Nachbarn im „Pommernviertel“ Travemündes die Baugenehmigung für den Bau eines großen „Flüchtlingslagers“ für 400 Personen. Der zuständige Senator Sven Schindler (SPD) machte dabei von dem „Notstandsparagraphen“ des Baugesetzbuches, § 246, Abs. 8-14 „Sonderregelung für Flüchtlingsunterkünfte“, Gebrauch, der geltendes Baurecht umgeht, weil ein vermeintlicher Notstand für die Unterbringung von Asylanten für die Zeit von zehn Jahren bestünde. Ob ein vorhandener Leerstand für die Unterbringung der Landnehmer genutzt werden konnte, wurde nicht nachweisbar geprüft.

Neue Gebäude mussten her. Eine europäische Ausschreibung [für das Bauvorhaben](#) fand natürlich nicht statt – die stadteigene Baufirma KWL wurde beauftragt – aus naheliegenden Gründen, wie sich herausstellte. Immerhin sind Bausenator Schindler und KWL-Chef Dirk Gerdes befreundet.

Durch die Unterstützung der Grünen und der SED-Nachfolgeorganisation Die Linke wurde im Eilverfahren durchgedrückt, dass das Bauprojekt startete. Naturschutz und Erhalt von Bäumen? Das ist überflüssig, schließlich geht es um die Multi-Kulti-Goldstücke. Auch CDU und FDP waren nicht bürgerfreundlich. Sie enthielten sich in den Abstimmungen. Eine inzwischen gegründete Initiative gegen die Massenunterkunft im Ferienort, getragen von Anwohner und Wohnungsbesitzern an der Ostseestraße, erwirkte zunächst einen Baustopp, der aber später vom zuständigen Gericht abgewiesen wurde.

Mitte Februar 2016 dann bettelte die Stadt Lübeck geradezu darum, „Flüchtlinge“ in die Hansestadt zu schicken. Immerhin war die Erstaufnahme auf einem Festplatz in der Stadt schon ziemlich leer. Von Hamburg wollte das rote-grüne Lübeck 1.000 bis 1.500 nicht registrierte Einwanderer übernehmen.

Die Baukosten der Anlage wurden mit 8,3 Millionen Euro veranschlagt, letztlich wurden es 9,4 Millionen. Hinzu kamen die Kosten für Möblierung und ähnliches. Dafür zahlt die Stadt Lübeck an ihr eigenes Unternehmen KWL eine Miete von sensationellen 16,43 Euro pro Quadratmeter kalt. 90 Prozent davon kommen aus der Landeskasse, also dennoch aus Steuermitteln. Ein gutes Geschäft also für Stadt und KWL.

Der lokale [Mietspiegel für 2016](#) veranschlagt für eine bereits ältere Wohnung in der Ostseestraße gerade eine Miete von 6,88 EUR pro Quadratmeter. Das kritisierte die verwaltungstreue und rot-grün geprägte Lokalzeitung „Lübecker Nachrichten“ auch verhalten, schloss sich aber bald dem städtischen Schweigekartell an.

Die Initiative mühte sich redlich, auf juristischem Weg noch etwas zu erreichen. Sogar eine Strafanzeige wegen Bestechlichkeit und Vorteilsnahme wurde gegen die Beteiligten, Bürgermeister Saxe, Bausenator Schindler und KWL-Chef Gerdes erstattet und Klage wurde bei den Gerichten eingereicht. Doch überall blitzten die Anwohner erwartungsgemäß ab. Und überall gab es die gleichen Begründungen. Man zog sich auf Paragraphen zurück, Bürgerinteressen wurden vollkommen ignoriert und zurückgewiesen. Dazu muss man wissen, dass im nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein alle Positionen mit treuen SPD-Parteigängern besetzt sind.

Selbst der Bund der Steuerzahler, der eingeschaltet wurde, zeigte sich vor allem an der Frage interessiert, ob man denn Mitglied im Verband sei. Da die Travemünder das nicht waren interessierten sich die Steuerzahler-Schützer nicht dafür.

Geradezu bizarr verlief nach Schilderungen von Beobachtern ein Ortstermin des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtes an der Ostseestraße: „Wie sehr Justiz und SPD miteinander vereint sind, konnte man bei der Verhandlung merken. So hat der vom Innenministerium abgesandte Rechtsberater bei jedem Satz des Richters immer nur mit dem Kopf genickt. Und am

Schluss kam in einem Nebensatz heraus, dass die Unterkunft durchaus über die zehn Jahre hinaus – die fest versprochen waren – Bestand haben könnte!“

Nun sind die Möglichkeiten der Anwohner ausgeschöpft. Sie bleiben jetzt auf nur mit riesigen Verlusten verkäuflichen Wohnungen mit direktem Blick auf die Massenunterkunft sitzen, und müssen erleben, dass sich dort Horden von Moslems herumdrücken. Auch die gepflegten Grünflächen, die als Privatgelände gekennzeichnet sind, werden bereits in Besitz genommen: Anwohner beobachteten schon Kopftuchfrauen mit Kindern beim Spielen und Picknicken. Die Dankbarkeit für die Lübecker Mauschelei dürfte auf Seiten der Anwohner wohl riesengroß sein.

---

## **CSU            missbraucht            den Verfassungsschutz**

☒ Die guten Stories reißen heute nicht ab. Jetzt ist der Bayerische Verfassungsschutz dran. Er hat den bayerischen AfD-Landesvorsitzenden, Petr Bystron, „unter Beobachtung“ gestellt. Der geborene Tscheche (Flucht, als Böhmen & Mähren noch die kommunistische Tschechoslowakei war), soll irgendwann mal „Heimat“ und „Deutschland“ gesagt haben. Und im übrigen natürlich gegen Merkels Migranten-Millionen sein. Schlimm also, gaaanz schlimm.

*(Von Peter Bartels)*

Schlimmer noch, dieser erfolgreiche Migrant (Studium, Firma, Medien-Experte) hat es gewagt, laut Umfragen seit Monaten über 10 Prozent der Bayern zur AfD zu locken. DER Bayern! IN Bayern!! Das ist, als würde Petrys Schattenmann Pretzell bei

der Wahl im Mai für die AfD im SPD-Land NRW 30 Prozent holen... Also zehn Prozent in Bayern, das zwiebelt den Platzhirschen CSU schon sehr.

Schlimmer: Der CSU-Innenminister Hermann konnte nicht mal verhindern, dass sich ein mutmaßlicher IS-Agent als Maulwurf in „seinen“ bayerischen Verfassungsschutz gewählt hat. Immerhin: Laut SPIEGEL soll der 51-Jährige wenigstens schon mal im Knast sitzen...

Und dann stinkt dem bräsigen Herrn Hermännle natürlich auch noch, dass der AfD-Landesvorsitzende Bystron neulich die offizielle Kriminalstatistik in Bayern als geschönten Fake überführt hat. Jo mei, wenn scho der Verfassungsschutz eine Art Migranten-Stadl ist.

Drei veritable „Gründe“ für Bystrons „Beobachtung“, gell Herr Ministerpräsident Seehofer?!

Bavaria, wach auf, Dein Land der Bayern geht den fränkischen Bach runter. Natürlich hätte es das alles unter Strauss nicht gegeben. Weder Merkels Migranten, noch die AfD. Allerdings das fränkische Hermännle und seinen ebenso fränkischen Märklin-Bahnhofsvorsteher Seehofer auch nicht...

(Zuerst erschienen bei [journalistenwatch.com](http://journalistenwatch.com))

---

Auch Götz Kubitschek (Sezession) hat sich zur Causa Bystron geäußert:

*[...] Petr Bystron, AfD-Landesvorsitzender in Bayern, ist ins Visier des bayerischen Verfassungsschutzes geraten, weil er Sympathie für die Identitäre Bewegung geäußert hat, die ihrerseits bereits seit Jahren in diversen Bundesländern und auf Bundesebene vom Verfassungsschutz beobachtet wird.*

*Man ist es ja mittlerweile leid, immer und immer wieder aufzuzeigen, was für ein schäbiges, wiederum parteipolitisch*

verseuchtes Instrument der Verfassungsschutz ist, man weiß das ja spätestens seit der der erfolgreichen Klage der Jungen Freiheit vor dem Bundesverfassungsgericht: Das Urteil bestätigte damals die Vermutung, es handle sich bei der Beobachtung um einen Denunziations- und Einschüchterungsprojekt mittels staatlicher Mittel, mithin um die Bekämpfung eines politisch-publizistischen Kontrahenten und eben keines Verfassungsfeindes.

Auch über die Identitäre Bewegung ist alles gesagt: Sie leistet dezidiert, also ausdrücklich, gewaltlosen Widerstand gegen eine gegen unser Volk und Land gerichtete Politik eines Komplexes, der schon viel zu lange ungestört sein Unwesen treiben darf. Und Petr Bystron sitzt einem Landesverband einer Partei vor, die die Wahlbeteiligung um jeweils mindestens 10 Prozentpunkte nach oben treibt, wenn sie antritt, und die sich ein Programm gegeben hat, das jeder CSU-Kreisverband vor 20 Jahren als zu liberal und zu wenig scharf konturiert zurückgewiesen hätte.

Die IB und Bystron und wohl bald ganze Landesverbände zu beobachten, ist nichts weniger als eine staatlich getragene Kriminalisierung unliebsamer Stimmen und politischer Gegner, und von Seiten der Partei sollte es zwei Reaktionen geben:

1. Landeschef für Landeschef, Landesverband für Landesverband, Abgeordneter für Abgeordneter sollte die angeprangerten Aussagen Bystrons öffentlich wiederholen und sich als Beobachtungsobjekt anbieten. Dies könnte mittels Handy-Kurzfilm zu einem Selbstanzeigemosaik ausgebaut werden, und nichts würde das Verdächtigungsgeraune dieser verlogenen Heuchler in Politik, Verwaltung, Presse und Ämtern gründlicher zur Kenntlichkeit entstellen und sie zur Stellungnahme zwingen.

2. Die Partei sollte die Verfassungsschutzbehörden auffordern, glasklare Kriterien für die Rechtfertigung einer Beobachtung aufzustellen und im Umkehrschluss die Möglichkeit

*aufzeigen, wie ein gemäÙes Verhalten aussähe, wiederum unmissverständlich und ohne irgendeinen Interpretationsspielraum. [...]*

[Hier](#) der ganze Text...

---



## "Flüchtlinge" prügeln Mann ins Krankenhaus

✘ **Aarau:** Ein 44-jähriger Mann ist in der Nacht auf Dienstag in Aarau von drei jungen Männern mit einem Kickboard geschlagen worden. Der Mann erlitt Kopfverletzungen und musste ins Spital. Als Tatverdächtige wurden drei „[Asylbewerber aus Eritrea](#)“ festgenommen. Die drei Personen im Alter von 17 und 18 Jahren wurden bei der Fahndung in Birr festgenommen, wie die Aargauer Kantonspolizei am Dienstag mitteilte. Sie seien unter Alkoholeinfluss gestanden. Das Trio steht im Verdacht, beim Bahnhof Aarau um 23.30 Uhr den 44-jährigen Deutschen angegangen zu haben. Beim Vorbeigehen wurde der Mann mit einem Kickboard geschlagen. Als die Polizei eintraf, waren die Täter verschwunden.

*Nachfolgend wieder eine kleine Auswahl von weiteren grundlosen gewalttätigen „Bereicherungen“ der letzten Tage, die bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst hätten.*

**Cottbus:** Gegen 23:00 Uhr am Dienstag lief eine bis dahin unbekannte männliche Person in der Berliner Straße, im Bereich der Stadthalle, an einem 28-jährigen Cottbuser vorbei, schrie ihm „Scheiß Deutsche“ entgegen und bewarf ihn mit einer Flasche. Diese traf den Mann, verletzte ihn aber nicht. Der Unbekannte flüchtete in Richtung Puschkinpark. Kurz nach Mitternacht wurde die Polizei nach Sandow gerufen. Dort hatte sich ein Mann mit einer Flasche am Arm verletzt. Bei dieser Person handelt es sich zweifelsfrei um den Tatverdächtigen des Flaschenwurfes und damit der gefährlichen Körperverletzung. Der „[17-Jährige aus Afghanistan](#)“, der mit 1,78 Promille erheblich alkoholisiert war, wurde zur Behandlung ins CTK gebracht.

**Rupperswil:** Ein 39-jähriger Mann wartete am Mittwoch um 22.30 Uhr in Rupperswil AG vor seinem Wohnhaus mit seinem Auto auf seine Tochter. Plötzlich näherte sich eine Gruppe Asylbewerber, wie die Kantonspolizei Aargau am Donnerstag mitteilte. Beim Vorbeigehen trat einer der Männer gegen das stehende Auto. Der 39-Jährige stieg folglich aus und wollte den Unbekannten zur Rede stellen. Bei der folgenden Konfrontation versetzte einer der Männer dem Autofahrer einen Faustschlag. Zudem zog ein weiterer ein Messer und bedrohte das Opfer damit. Als Anwohner an die Szenerie herantraten, ergriff die Gruppe die Flucht. Während der umgehend eingeleiteten Fahndung durch die Polizei konnte die Gruppe am Bahnhof in Rupperswil angehalten werden. Die sechs, teils noch minderjährigen, „[Asylbewerber aus Eritrea und Afghanistan](#)“ wurden vorläufig festgenommen. Im Zuge erster Abklärungen konnte zudem noch festgestellt werden, dass ein involvierter Eritreer nur Stunden zuvor einen Ladendiebstahl in Rupperswil begangen hatte. Die Kantonspolizei hat die Ermittlungen aufgenommen.

**Vöringen:** Gestern Abend gegen 22.20 Uhr fand ein 25-jähriger Jogger neben dem Radweg an der Kreisstraße NU14 eine offensichtlich leblose männliche Person auf dem Boden liegen.



Der Jogger hielt an und berührte und rüttelte den Mann. Der Leblose bewegt sich urplötzlich und attackierte den Jogger grundlos mit einem Messer. Der völlig überraschte und wehrlose Sportler erlitt hierbei Stichverletzungen am Oberkörper. Nach dem Angriff konnte der Mann unerkannt entkommen. Der verletzte Jogger hielt sofort einen Pkw an der Kreisstraße an und ließ sich ins Krankenhaus fahren. Trotz intensiver Suche, an der auch ein Polizeihubschrauber beteiligt war, konnte der Täter nicht aufgefunden werden. Es soll sich um einen etwa 190 cm großen, schlanken Mann handeln. Er ist „[dunkelhäutig](#)“ und war mit einer grauen Hose und einem grauen Kapuzenpulli bekleidet.

**Hamm-Heessen:** Leicht verletzt wurde ein 45-jähriger Hammer am Samstag, 15. April 2017, gegen 21 Uhr, auf der Maybachstraße. Nach zunächst verbalen Streitigkeiten vor einer Gaststätte auf der Ahlener Straße wurde er von drei Unbekannten bis zur Maybachstraße verfolgt und dort geschlagen. Die Tatverdächtigen mit „[südländischem Erscheinungsbild](#)“ sind zwischen 20 und 25 Jahre alt. Einer ist 1,70 Meter groß, hat schwarze, kurze Haare und trug eine schwarze Jacke und eine blaue Jeans. Der zweite Tatverdächtige ist zirka 1,65 Meter groß, hat kurze, braunrote Haare und trug ein dunkles Sweatshirt und eine helle Jeans. Der dritte Flüchtige ist zirka 1,75 Meter groß, hat einen Drei-Tage-Bart, kurze, schwarze Haare, eine dünne Statur und trug ein grünes Oberteil mit schwarzen Streifen.

**Marburg-Biedenkopf:** Am Sonntag, 9. April gegen 3.15 Uhr soll ein südländisch aussehender Mann, der phonetisch „Madi“ gerufen wurde, mehrere Personen vor einem Lokal in der Reitgasse attackiert haben. Wie berichtet wurde, schlug der mit einem weißen Hemd bekleidete Verdächtige zunächst grundlos auf zwei 25 Jahre alte Männer ein. Eine 24-jährige Freundin der beiden Opfer versuchte den mutmaßlichen Schläger bis zum Eintreffen der Polizei aufzuhalten. Dies quittierte er ebenfalls mit einem Faustschlag ins Gesicht. Der Verdächtige mit „[dunklem Teint](#)“ ist etwa 20 Jahre alt, etwa 165 cm groß

und hat braune Haare.

**Hofheim:** Gefährliche Körperverletzung Tatort: 65719 Hofheim, Rudolf-Mohr-Str., Schulhof Tatzeit: Sonntag, den 16.04.2017, 00:10 Uhr. Zwei bisher unbekannte Täter attackieren die beiden 22- und 24-jährigen männliche Geschädigten mittels einer Flasche. Die Täter werden wie folgt beschrieben: 2 männliche „[ausländische Personen](#)“, 20 – 30 Jahre alt, ein Täter kurze, der zweite lange Haare. Einer der Täter war mit einem hellen Oberteil bekleidet.

**Gelsenkirchen:** Am Donnerstag um 14 Uhr verfolgten drei Männer auf der Cranger Straße (Höhe Marktstraße) den jungen Mann. Einer der Brutalos hatte einen Kampfhund dabei. Sie forderten den 17-Jährigen auf, stehen zu bleiben. Doch der Gelsenkirchener ging weiter. Da traten die drei Täter ihn, so dass er hinfiel. Anschließend zerrten sie ihn in einen Hauseingang. Sie nahmen ihm seinen Schlüssel gewaltsam ab, dann traten und schlugen die Täter auf ihr Opfer ein. Als eine mutige Passantin dazukam und drohte, die Polizei zu rufen, ließen die Täter von ihrem Opfer ab. Sie flüchteten – glücklicherweise ohne den Schlüssel. Der 17-Jährige musste anschließend ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Verdächtigen werden wie folgt beschrieben: Drei männliche Täter, alle 18 bis 20 Jahre alt, ca. 1,60 bis 1,65 Meter groß, „[südländisches Aussehen](#)“. Ein Täter war korpulent, die anderen eher schwächling. Alle Täter trugen Käppis, einer war mit einem graublauen Pullover bekleidet. Einer führte einen Kampfhund an einer Leine mit.

**Walldorf/Rhein-Neckar-Kreis:** Am Freitagabend wurde ein junger Autofahrer auf dem Parkplatz eines Supermarktes in der Nußlocher Straße von drei bislang unbekanntem Jugendlichen attackiert. Der 20-Jährige saß mit zwei weiteren Personen in seinem Fahrzeug, als die drei Jugendlichen das geparkte Auto umkreisten und sich in einer ihm nicht verständlichen Sprache etwas zuriefen. Zwei der Unbekanntem trugen Inline-Skater, der dritte war auf einem BMX-Fahrrad unterwegs. Als der 20-Jährige

ausstieg und die Jungen auf ihr Verhalten ansprach, wurde er von einem angegriffen und geschlagen. Nachdem er sich von diesem lösen konnte, schlug ein anderer Angreifer nach ihm, verfehlte ihn jedoch. Als Zeugen und die Freunde im Auto zu Hilfe kamen, flüchteten die Jugendlichen über die Nußlocher Straße in Richtung Ortsausgang. Der 20-jährige wurde bei dem Angriff leicht verletzt. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief ergebnislos. Die männlichen Täter wurden wie folgt beschrieben: 1. Angreifer: Ca. 165 cm – 170 cm groß, ca. 15 – 16 Jahre alt, „[dunkler Teint](#), kurze schwarze Haare. Er war bekleidet mit einem weißen T-Shirt sowie einer Jeanshose und trug Inline-Skater. 2. Angreifer: Ca. 160 cm – 165 cm groß, ca. 14 – 15 Jahre alt, kurzes schwarzes Haar 3. Unbekannter: Ca. 140 cm – 150 cm groß, ca. 13 – 14 Jahre alt.

**Stuttgart-Mitte:** Bei Streitigkeiten unter zwei 21-jährigen Männern hat am Donnerstagabend (12.04.2017) am Stuttgarter Hauptbahnhof einer der Kontrahenten durch einen Messerstich schwere Verletzungen erlitten. Rettungskräfte kümmerten sich um den Verletzten und brachten ihn in ein Krankenhaus. Auch ein Notarzt war im Einsatz. Derzeit besteht keine Lebensgefahr mehr. Zwischen den beiden Männern kam es gegen 21.40 Uhr am Gleis 13 zu einer Auseinandersetzung. In deren Verlauf zückte der Tatverdächtige ein Messer und stach unvermittelt auf den Gleichaltrigen ein. Dieser fiel zu Boden, worauf der Verdächtige nochmals auf den Verletzten einstechen wollte, dies konnte ein beherzter 44-jähriger Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes verhindern. Er hielt den Verdächtigen bis zum Eintreffen der alarmierten Bundespolizeibeamten fest. Die Hintergründe der Auseinandersetzung sind derzeit noch unklar, die Ermittlungen diesbezüglich dauern an. Der „[21-jährige Eritreer](#)“ wird im Laufe des Donnerstags (13.04.2017) mit Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart auf Erlass eines Haftbefehls einem Haftrichter vorgeführt.



# Paris: Dschihadist schießt auf Polizisten

✘ Erst Anfang der Woche stellte die französische Polizei bei einer Razzia in Marseille drei Kilogramm Sprengstoff sicher, [nahm zwei Verdächtige fest](#) und vereitelte so wohl ein Attentat. Ebenfalls sichergestellt wurden eine Flagge des IS und ein Video, in dem es u.a. um einen der Präsidentschaftskandidaten der Wahl am Sonntag ging. Staatsanwalt Francois Molins sagte, eine „gewalttätige Aktion“ habe unmittelbar bevorstanden. Am Donnerstagabend, gegen 21 Uhr eröffnete dann ein 39-jähriger [Dschihadist am Champs-Elysées](#) in Paris das Feuer auf zwei in ihrem Wagen sitzende Polizisten und traf einen tödlich. Bei seiner Flucht schoss der Moslem auf zwei weitere Beamte und eine Touristin, ehe er selbst erschossen wurde.

Mittlerweile bekannte sich der IS zu der Tat und benannte den Täter als „Abu Yusef“ (bürgerlicher Name: Karim Cheurfi). Der Attentäter war laut Behördenangaben bereits wegen bewaffneter Angriffe auf Polizeibeamte vorbestraft gewesen und sei im Februar 2005 zu fünf Jahren Haft wegen versuchter Tötung dreier Personen, darunter zwei Polizisten, verurteilt worden.

Offiziell beziffert Frankreich die im Land befindlichen Terrorverdächtigen derzeit mit 15.000 bis 20.000. US-Präsident

Donald Trump sagte angesichts des neuerlichen Islam-Anschlages: „Es endet einfach nie.“ Nein, um genau zu sein, in Europa hat das Schlachten „Ungläubiger“ wohl gerade erst begonnen.

Video des Schusswechsels:

» Weitere [Fotos und Videos](#)